

Zivilgesellschaftliche Akteure im europäischen Mediendiskurs: eine Fallstudie zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

Heft, Annett

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heft, A. (2009). Zivilgesellschaftliche Akteure im europäischen Mediendiskurs: eine Fallstudie zur EU-Dienstleistungsrichtlinie. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Kommunikationswissenschaft 2009/1, 9-24. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-204453>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zivilgesellschaftliche Akteure im europäischen Mediendiskurs Eine Fallstudie zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

Annett Heft

1 Einleitung

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die demokratische Legitimität der Europäischen Union (EU) und dem Ringen um Möglichkeiten zur Akzeptanzsteigerung europäischer Politik befasst sich der vorliegende Beitrag¹ mit der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in europäischen Mediendiskursen. Ausgangspunkt ist dabei die Annahme, dass von der *öffentlichen* Einbindung der europäischen Zivilgesellschaft in europäische Politik positive Effekte für die Stärkung demokratischer Legitimität und die Entwicklung europäischer Öffentlichkeit abgeleitet werden können. Auf Basis der Analyse bisheriger Studien zur europäischen Öffentlichkeit und einer Inhaltsanalyse zur Berichterstattung deutscher Qualitätszeitungen über die Debatte um die EU-Dienstleistungsrichtlinie wird untersucht, a) inwiefern zivilgesellschaftliche Akteure durch *Thematisierungen* in europäischen Debatten sichtbar werden, b) ob die Zivilgesellschaft in europäischen Debatten *Resonanz* erhält und c) inwieweit europäische Öffentlichkeit durch zivilgesellschaftliche Akteure mit einer *europäischen Perspektive* gestärkt wird. Die Entwicklung europäischer Öffentlichkeiten wurde mittlerweile in einer Vielzahl empirischer Forschungsarbeiten untersucht, dabei lag der Fokus häufig auf dem Grad an Europäisierung (vgl. Gerhards 2000, Eilders/Voltmer 2003, Koopmans/Pfetsch 2003, Koopmans/Erbe 2003, Peter 2004, Trenz 2004, Pfetsch 2004a, Brüggemann et al. 2006). Die Frage nach der Offenheit europäischer Debatten für zivilgesellschaftliche Akteure und nach den Leistungen dieser Akteure für die Stärkung europäischer Öffentlichkeit, die im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags steht, wurde bisher weniger prominent berücksichtigt (vgl. aber Koopmans 2007, Adam 2007).

2 Demokratisches Regieren, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in der Europäischen Union

2.1 Zivilgesellschaft und demokratisches Regieren

Mit der europäischen Integration sind Veränderungen der nationalen politischen Institutionen und ihrer Kompetenzen, Beschränkungen der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten und Veränderungen des gesellschaftlichen Willensbildungsprozesses verbunden (vgl. Zürn 2006: 243, Sturm/Pehle 2005: 11f.). Als Folge dieser Europäisierung zeigen Studien eine Machtverschiebung zugunsten der Exekutiven auf Kosten der parlamentarischen Beteiligung (vgl. Wessels/Maurer/Mittag 2003). Vor diesem Hintergrund gibt es in der Europaforschung eine lebhafte Diskussion über die Frage der demokratischen Legitimität der EU und die Suche nach Möglichkeiten, den demokratischen Standard zu verbessern. Neben dem Vorschlag einer Aufwertung des Europäischen Parlamentes lassen sich dabei zwei zentrale Ansätze ausmachen:

Zum ersten wird in der Stärkung und Einbindung der europäischen Zivilgesellschaft in europäische Politik eine wesentliche Möglichkeit zur Verbesserung politischer Partizipation und damit der Legi-

1 Der Beitrag beruht auf Ergebnissen einer Magisterarbeit, die 2007 am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin verfasst wurde.

timität der EU gesehen. Besonders die Governance-Forschung betont, im Mehrebenensystem der EU könne nur durch ein Zusammenwirken staatlicher und privater Akteure regiert werden und unterstreicht die Relevanz nicht-staatlicher Akteure (vgl. Benz 2004, Jansen 2005).² Auch die Europäische Kommission betont mit den Prinzipien Inclusiveness, Diversity und Participation die Wichtigkeit der Einbindung und Responsivität gegenüber der Zivilgesellschaft:

„Citizens should have a right to express their views, be heard and have the opportunity for dialogue with the decision-makers. At EU level, where there is an added risk that institutions are remote from the citizens, this principle is of particular importance.“ (Commission of the European Communities 2006: 6).

Zum zweiten gilt die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit als grundlegende Voraussetzung demokratischen Regierens in der EU. Es besteht, wie Risse formuliert, Konsens, dass moderne Demokratien auf vielfältige Kanäle der Interessensvermittlung und -aggregation angewiesen sind, um Legitimität und Effektivität demokratischen Regierens zu sichern. Eine pluralistische öffentliche Diskussion in unabhängigen Medien gilt dabei als „zentrale Vermittlungsinstanz zwischen Staat und Gesellschaft in der Demokratie“ (Risse 2002: 15).

Verbindendes Element zwischen beiden Ansätzen ist, dass sich die Konzeption des Legitimationspotenzials der Zivilgesellschaft wesentlich aus der Verschränkung mit dem Konzept der politischen Öffentlichkeit speist. Die Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Akteure, die in Ausschüssen oder durch Formen des Lobbying ihre Interessen einbringen, bedeutet *allein*, so der Ansatz der vorliegenden Arbeit, keine Stärkung demokratischer Legitimität, wenn diese Interessensvertretung nicht durch öffentliche, prinzipiell für alle Bürger zugängliche Aushandlungsprozesse getragen ist.³ Vor diesem Hintergrund stellt auch die vorliegende Arbeit eine Verbindung her zwischen europäischer Zivilgesellschaft und europäischer Öffentlichkeit, indem sie sich mit der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure im europäischen Mediendiskurs befasst. Dabei stützt sich die Analyse – in Anlehnung an die Begriffsverwendung in der Europaforschung (vgl. Koopmans 2007, Finke/ Knodt 2005) – auf ein weites Verständnis zivilgesellschaftlicher Akteure, das einzelne Bürger, soziale Bewegungen und Nongovernmental Organisations (NGOs) ebenso einschließt wie stärker organisierte Vereine, Verbände und sonstige Interessenvertretungen.⁴ Unter Mediendiskurs wird in Anlehnung an Peters (2005: 87) eine Debatte verstanden, bei der Positionen, Meinungen und Stellungnahmen verschiedener Akteure zu einem politischen Issue in den Medien sichtbar werden. Europa und europäisch bezieht sich in dieser Analyse stets auf den geografischen Raum bzw. die Länder, welche als Mitgliedsländer der EU konkret an der Gestaltung europäischer Politik beteiligt sind und sich daher der Frage nach der demokratischen Legitimität der EU stellen müssen.

2 Während Verfechter des Governance-Konzeptes neue Möglichkeiten der Einbindung nicht-staatlicher Akteure in Verhandlungssysteme sehen und darin emanzipatorische Kräfte vermuten, verweisen Kritiker auf vielfältige Effizienz-, Inklusions- und Legitimationslücken (vgl. Roth 2001: 34f.).

3 Vgl. ähnlich Gerhards (2002: 146-150), der betont, dass Präsenzöffentlichkeiten kein funktionales Äquivalent für massenmediale Öffentlichkeiten darstellen.

4 Nach der von Peters (1993: 330-344) und Habermas (2006) vorgenommenen Differenzierung politischer Akteure in Zentrum und Peripherie bilden die Regierung mit Verwaltungsapparat, Parlament, Gerichte und die Parteien das Zentrum des politischen Systems, die Peripherie bilden einzelne Politiker, Interessengruppen, Lobbyisten und vielfältige Akteure der Zivilgesellschaft. Die Peripherieakteure lassen sich nochmals nach ihrer relativen Nähe zum Zentrum unterteilen. Akteure mit Entscheidungsmacht und Einfluss auf das Zentrum gehören zur inneren Peripherie. Akteure, deren Aktivität auf die Thematisierung von Problemen und das Stellen von Forderungen begrenzt ist, bilden die äußere Peripherie. Die Zivilgesellschaft im engeren Sinne bzw. den Kern der Zivilgesellschaft bilden nach Habermas die Akteure der äußeren Peripherie (1997: 443).

2.1 Zivilgesellschaft und europäische Öffentlichkeit

Öffentlichkeit kann mit Gerhards und Neidhardt definiert werden als

„... ein intermediäres System, dessen politische Funktion in der Aufnahme (Input) und Verarbeitung (Throughput) bestimmter Themen und Meinungen sowie in der Vermittlung der aus dieser Verarbeitung entstehenden öffentlichen Meinungen (Output) einerseits an die Bürger, andererseits an das politische System besteht.“ (1993: 54)

Besonders partizipative/pluralistische und deliberative Demokratietheorien betonen, dass eine funktionierende politische Öffentlichkeit darauf angewiesen ist, dass neben den Akteuren des politischen Zentrums auch die Vereinigungen der Zivilgesellschaft und Interessengruppen ihre politischen Interessen öffentlich artikulieren, da es neben dem nur punktuellen Wahlakt die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit ist, welche die Zivilgesellschaft mit den Entscheidungsprozessen der Institutionen des politischen Zentrums verbindet und Rückkopplungsprozesse zwischen Zentren und Peripherien fördert (vgl. Habermas 1996, 2006; Ferree et al. 2002, Latzer/Saurwein 2006).

Im Hinblick auf die Konstitutionsbedingungen europäischer Öffentlichkeit werden jedoch als Defizite beklagt, dass sich die Akteure des politischen Zentrums aufgrund der Institutionenstruktur der EU wenig um öffentliche Thematisierungen bemühen würden und dass es auch keine Konkurrenz um Thematisierungen durch Akteure der Zivilgesellschaft gäbe, weil diese aufgrund der politischen Gelegenheitsstruktur der EU eher versuchen würden, ihre Interessen über Lobbying an die Ausschüsse der EU zu vermitteln statt sich um die Mobilisierung öffentlicher Aufmerksamkeit durch die Medien zu bemühen (Gerhards 2002: 152-154). Die europäische Zivilgesellschaft sei eine „geräuschlose Interessenten- und Expertengesellschaft“, so Kaelble (2001: 196). Auf der anderen Seite verbinden sich gerade mit dem Agieren zivilgesellschaftliche Akteure – wie in den jüngsten Debatten um die Dienstleistungsrichtlinie und eine europäische Verfassung geschehen – Hoffnungen auf eine Art „Europäisierung von unten“: So formuliert Kantner, die Thematisierung relevanter Issues durch zivilgesellschaftlicher Akteure an verschiedenen Orten in Europa und das Bemühen um mediale Aufmerksamkeit sei maßgeblich für die Entwicklung europäischer Öffentlichkeit, da diese zwar „von oben“ unterstützt, aber nicht „verordnet“ werden könne (Kantner 2004: 146).

Darüber hinaus werden mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene in der Literatur positive Effekte für die Entstehung einer transnationalen bzw. europäischen Perspektive verbunden. Wenn sich Akteure der Vertretung kollektiver Interessen verschreiben, die unabhängig von nationalen Grenzziehungen bestehen, könnten damit nationale Perspektiven der Interessensartikulation zurücktreten hinter europäische Interessen bzw. eine europäische Perspektive. Gerhards schreibt entsprechend den transnationalen Interessengruppen oder Protestbewegungen, die europäische Fragen möglichst unter einem europäischen Blickwinkel diskutieren, eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung europäischer Öffentlichkeit zu (vgl. Gerhards 2000, 2002). Auch Neidhardt et al. (2000) argumentieren, wenn sich zivilgesellschaftliche Akteure verstärkt transnational zusammenschließen oder supranationale Allianzen eingehen, welche „die national-segmentären Strukturen der Ländergemeinschaft durchkreuzen und überformen“ (2000: 283), dann lasse sich auf

„... eine Anreicherung der national verfaßten Öffentlichkeiten nicht nur mit europäischen Themen, sondern ebenso mit europäischen Sprechern ... [hoffen, A. H.], die weniger die Interessen ihrer Herkunftsländer als die Meinungen von kollektiven Akteuren vertreten, die quer zu den nationalen Blöcken koordiniert sind.“ (2000: 284)

Öffentlichkeit, welche sich auf den Referenzrahmen Europa (vgl. Saxer 2006: 78) bezieht, wird derzeit vor allem in der Form der Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten analysiert. Dieses Modell gilt vor dem Hintergrund demokratietheoretischer Anforderungen als zurzeit leistungsfähigste Form europäischer Öffentlichkeit (vgl. Eilders/Voltmer 2003: 253).⁵ Mit dem Begriff der Europäisierung ist dabei zunächst einmal die *Thematisierung* europäischer Themen durch nationale, transnationale und supranationale Sprecher in den jeweiligen nationalen Massenmedien gemeint (vgl. Gerhards 1993: 103, Latzer/Saurwein 2006: 16). Zusätzlich wird von einigen Autoren mit Blick auf die sozialintegrativen Mechanismen europäischer Öffentlichkeit gefordert, diese Thematisierung müsse mit der Einnahme einer europäischen, nicht nationalstaatlichen Perspektive (Gerhards 1993) bzw. einer „Wir“-*Perspektive* (Brüggemann et al. 2006: 217) einhergehen, um von einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft sprechen zu können. So argumentieren zum Beispiel Risse et al. (2003), dass rein nationalistische Perspektiven bei der Thematisierung von Issues mit europäischem Bezug eher Abgrenzungen zu den anderen europäischen Kommunikatoren schaffe, während eine Kommunikationsgemeinschaft darin bestehe, dass sich die Sprecher auch als legitime Teilnehmer einer Debatte anerkennen und dies in ihrer Perspektive mit Bezug auf ein europäisches „Wir“ auch deutlich machen:

„Thus, accepting other fellow Europeans as legitimate speakers in a public sphere implies that the 'we' in whose name actors speak and to whom they relate, extends beyond national boundaries.” (2003: 57)⁶

Thematisierung

Die Forschung zur europäischen Öffentlichkeit verzeichnet einen starken Europäisierungstrend bezogen auf die Berichterstattung über EU-Institutionen und EU-Politiken und einen moderaten Europäisierungstrend beim Anteil europäischer Identifikationsbezüge (Brüggemann et al. 2006). Betrachtet man jedoch differenzierter die Akteure der Thematisierung nationaler und europäischer Politik in den nationalen Massenmedien, so zeigt sich, dass die Exekutiven deutliche Nutznießer der Europäisierung öffentlicher Debatten sind. So stammen nach einer Claimsanalyse von Koopmans (2007) mehr als die Hälfte aller Sprecheräußerungen in europäisierten Debatten von Exekutivakteuren (nationale Debatten: 34 Prozent), Legislativakteure tauchen dagegen nur zu 15 Prozent als Sprecher auf (nationale Debatten: 20 Prozent). Noch stärker sind die Auswirkungen der Europäisierung für Akteure der Zivilgesellschaft, die in europäischen Debatten mit rund 13 Prozent der Sprecheräußerungen extrem schwach repräsentiert sind (nationale Debatten: 35 Prozent). Nach Koopmans belegen diese Daten ein ernstes Demokratiedefizit. Dieser Eindruck wird bestärkt durch die Ergebnisse der Analysen von Adam zu den Debatten um die europäische Verfassung und die EU-Erweiterung, in denen zivilgesellschaftliche Akteure nur marginal als Urheber kommunikativer Verweise vertreten waren (vgl. Adam 2007: 182).

Bei der Vielfalt der Akteure im europäischen Mehrebenensystem scheint sich der Aufmerksamkeitsvorsprung, den die Exekutiven schon auf nationaler Ebene genießen, nochmals zu potenzieren. Zivilgesellschaftliche Akteure haben offensichtlich auf europäischer Ebene geringe Zugangschancen. Weil sie nicht über ausreichend Ressourcen verfügen, um fortwährend um öffentliche Aufmerksamkeit zu ringen, konzentrieren sie ihre Ressourcen auf stille „Informationspolitik“ und gehen nur bei wenigen politischen Issues zur „Protestpolitik“ über (vgl. Kriesi 2001: 22-25). In Fällen derartiger Konfliktkommunikation dürfte dann die Offenheit der medialen Debatten für Ak-

5 Daneben werden das Modell einer pan-europäischen Öffentlichkeit (vgl. Eilders/Voltmer 2003: 251, Gerhards 1993: 102, Neidhardt et al. 2000: 264) und das Modell segmentierter transnationaler Themenöffentlichkeiten (vgl. Eder 2000, Eder/Kantner 2000) diskutiert.

6 Für eine Übersicht über weitere Indikatoren für Europäisierung vgl. Tobler (2006).

teure der Zivilgesellschaft größer sein. Für eine entsprechende Betrachtung von Themenöffentlichkeiten sprechen die Ergebnisse von Pfetsch, die in einer Analyse der Akteure in deutschen Pressekommentaren gezeigt hat, dass die Zugangschancen zur öffentlichen Debatte nach Themenkomplex und politischem Prozess differieren.⁷ Bei Diskussionen über konkrete Inhalte und Auswirkungen von Politik kann man nach Pfetsch davon ausgehen, dass sich auch die Betroffenen an der politischen Peripherie zu Wort melden und von den Medien auch wahrgenommen werden (vgl. Pfetsch 2004b: 78). Die „Geräuschlosigkeit“ europäischer Politik wird dann unterbrochen werden, wenn zivilgesellschaftliche Akteure zu den Politiken, die auf supranationaler Ebene ausgehandelt werden, öffentlich Stellung nehmen und Forderungen sowohl an ihre nationalen politischen Entscheidungsträger als auch an die Institutionen der supranationalen Ebene stellen. Damit erzwingen sie Resonanzen und öffentliche Positionierungen dieser Akteure, was wiederum die mediale Beachtung und Berichterstattung über europäische Politikprozesse erhöhen wird. Die Intensität europäischer Mediendebatten nimmt also zu, wenn zivilgesellschaftliche Akteure (insbesondere durch Protestpolitik) öffentliche Thematisierungen betreiben (Hypothese 1).

Entsprechend der bisherigen Forschungsergebnisse zur europäischen Öffentlichkeit muss in diesen Mediendebatten von einer Dominanz der Exekutivakteure gegenüber Legislativakteuren und insbesondere den Vertretern der Zivilgesellschaft ausgegangen werden (Hypothese 2).

Für die Akteure der Zivilgesellschaft ist anzunehmen, dass deren Anteil an öffentlichen Thematisierungen nach *Organisationsgrad* und *Organisationsraum* differiert (Hypothese 3). So verfügen stärker institutionalisierte Verbände und Vereine, welche auf festen Mitgliedschaften beruhen, in der Regel über größere Ressourcen als schwächer institutionalisierte Initiativen und soziale Bewegungen, die nicht auf feste Mitgliedschaften zurückgreifen können und stärker auf punktuelle Unterstützung und öffentliche Aufmerksamkeit angewiesen sind (vgl. Jarren/Donges 2002: 152-158). Dieser Ressourcenvorteil wird sich in der Regel in einem Aufmerksamkeitsvorteil für die stärker institutionalisierten Akteure niederschlagen. Hinsichtlich der Organisationsräume ist für die vorliegende Untersuchung die Differenzierung zwischen nationalen Räumen und dem transnationalen Raum der EU von Interesse. Sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene gibt es eine Vielzahl an Interessenvertretungen. Im Vergleich zwischen nationalen und transnationalen Interessenorganisationen ist aber die finanzielle und personelle Ausstattung der europäischen Interessenvertretungen, abgesehen von wirtschaftlichen Interessenverbänden, in der Regel schlechter als die nationaler Interessenvertretungen (vgl. Rucht 2000: 187 f., Kaelble 2001: 195). Diese schlechtere Ausstattung wird neben dem Fakt, dass die auf nationaler Ebene etablierten Interessenvertretungen auf bereits vorhandene Beziehungen zu nationalen Medienakteuren zurückgreifen können und sie durch Nähe und Prominenz ggf. stärker den medialen Selektions- und Verarbeitungsprozessen entsprechen, zu einem Aufmerksamkeitsnachteil für die transnational organisierten Akteure führen (vgl. Staab 1990).

Resonanz

Die EU-Kommission hat explizit den Anspruch formuliert, den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu stärken. Im Sinne verbesserter Input-Legitimation sollte sich dies auch in stärkerer öffentlicher

⁷ Das Akteursensemble beschränkte sich auf wenige politische Eliten, wenn es um Normen und Regeln politischen Handelns oder die Legitimation von Politik allgemein ging, bei konkreten Sachfragen und Entscheidungen war dagegen eine stärkere Offenheit der medialen Diskussion zu finden. Die Analyse von Pfetsch (2004b) ergab insgesamt ein Verhältnis von 73 Prozent an Zentrumsakteuren, denen nur 27 Prozent Peripherieakteure als Sprecher gegenüberstanden. Bei einzelnen Themen (Arbeitslosigkeit, Löhne) war der Anteil der Peripherieakteure jedoch deutlich höher, bei anderen Themen noch niedriger (Thema Deutsche Einheit).

Resonanz für die Zivilgesellschaft äußern. Da Zentrumsakteure jedoch faktisch mehr Entscheidungsmacht besitzen als Peripherieakteure, ist zu erwarten, dass diese auch mehr Resonanz für ihre Entscheidungen und Positionen erhalten (Hypothese 4). Interessant ist an dieser Stelle, in welchem Umfang Forderungen und Positionen der Peripherieakteure überhaupt öffentliche Resonanz erhalten.

Perspektive

Eine europäische Perspektive der Berichterstattung oder ein kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl wird als wesentlicher Indikator der Entstehung einer transnationalen Kommunikationsgemeinschaft in Europa verstanden. Hinsichtlich des Anteils an europäischen Identitätsbezügen im Sinne von auf Europa bezogenen „Wir“-Bezugnahmen finden Brüggemann et al. (2006) im Vergleich zu nationalen Gemeinschaftsbezügen einen moderaten Europäisierungstrend.⁸ Eine differenzierte Analyse, auf welche Akteure diese europäischen „Wir“-Bezugnahmen wesentlich zurückgehen, findet sich in der bisherigen Forschung jedoch noch nicht. Es soll hier die These geprüft werden, dass der Organisationsraum und der Organisationsgrad Einfluss auf die öffentlich vertretene Perspektive haben (Hypothese 5). Gerhards argumentiert dazu plausibel, eine europäische Perspektive sei mit höherer Wahrscheinlichkeit von europäischen Akteuren wie dem europäischen Parlament oder der Kommission zu erwarten als von nationalen Akteuren, weil die europäischen Akteure stärker den Strukturbedingungen des europäischen Politikfeldes unterworfen seien, die nationalen Akteure wiederum in höherem Maße den Restriktionen der nationalen Politik unterliegen (2000: 295). Auch die vorherrschenden Handlungsorientierungen der Akteure der Zivilgesellschaft dürften stark durch deren organisatorische Anbindung und ihren Institutionalierungsgrad beeinflusst werden. Nationale Verbände werden sich in erster Linie der Interessenvertretung ihrer nationalen Mitgliedschaften widmen (vgl. Jarren/Donges 2002, Mayntz 1992). Europäische Verbände, die aus nationalen Verbänden bestehen, müssen dagegen zwischen verschiedenen Handlungslogiken changieren und versuchen, die kollektive Interessenvertretung auf der transnationalen Ebene mit den Interessen der nationalen Mitgliedsverbände in Einklang zu bringen (vgl. Kohler-Koch/ Conzelmann/Knodt 2004). So kann zwar einerseits von den europäischen Dachverbänden die Vertretung transnationaler Interessen und die Einnahme einer europäischen Perspektive erwartet werden, auf der anderen Seite stellt sich aufgrund ihrer häufig begrenzten Budgets und der genannten Rücksichtnahmen die Frage, inwiefern die transnationalen Verbände überhaupt die Macht zur eigenständigen Thematisierung haben. Nur wenn ihnen dies gelingt, können sie zu einer Anreicherung der europäischen Öffentlichkeit mit einer europäischen Perspektive führen. Bei der Thematisierung europäischer Politik durch die jeweiligen nationalen Vertreter der Verbände in den durch nationale Medien hergestellten Öffentlichkeitsarenen sprechen diese auch wiederum in zwei Funktionen, einmal als Vertreter des nationalen Mitgliedsverbandes, zum anderen als Vertreter des übergeordneten europäischen Dachverbandes. Ob sie dabei eine europäische Perspektive unterstützen oder gegenüber dem nationalen Publikum eher eine nationale Sichtweise vertreten, bleibt eine empirische Frage. Initiativen und soziale Bewegungen, deren Zusammenhalt nicht durch Organisationsstrukturen, sondern durch Bezug auf gemeinsame Werte gesichert wird, können sich am ehesten der Vertretung von Gemeinwohlinteressen widmen, die nicht durch territoriale Grenzen bestimmt werden (vgl. Romahn 2006, Rucht 2002). Egal ob sie im nationalen oder transnationalen Raum organisiert sind, ihre Inhalte wie zum Beispiel Menschenrechte oder Umweltschutz machen nicht an nationalen Grenzen halt. Da sie nicht auf formalisierten Mitgliedschaftsbeziehungen beruhen, müssen sie bei öffentlichen Thematisierungen auch weniger auf spe-

8 So haben Identifikationen mit Europa von einem Wert von unter 1 Prozent im Jahr 1982 auf 5 Prozent im Jahr 2003 zugenommen. Gleichzeitig nahmen die Identifikationsbezüge auf die eigene Nation zwischen 1996 und 2003 leicht ab (vgl. Brüggemann et al. 2006).

zifische nationale Interessenslagen Rücksicht nehmen. Daher kann von ihnen erwartet werden, dass sie mit einer transnationalen, respektive europäischen Perspektive argumentieren.

3 Fallstudie zur Dienstleistungsrichtlinie

3.1 Fallauswahl, Untersuchungsmaterial und Operationalisierung

Die Debatte um die Dienstleistungsrichtlinie der EU (DLR), um die in einem drei Jahre währenden Diskussionsprozess gerungen wurde, bietet sich wegen der breiten Beteiligung nationaler und transnationaler zivilgesellschaftlicher Akteure als Fallbeispiel an, um zu analysieren, ob zivilgesellschaftliche Akteure in der Mediendebatte sichtbar sind – *Thematisierung* – und ob sie als anerkannte Akteure der Debatte vorkommen – *Resonanz*. Die Debatte wurde zu weiten Teilen als Auseinandersetzung um das „soziale Europa“ geführt. Sie ist damit ein gutes Beispiel um zu prüfen, ob die Diskussion mit Bezug auf eine europäische Perspektive geführt wurde und welche Akteure diese eingebracht haben – *Perspektive*.⁹

Für die vorliegende Analyse der Berichterstattung zur Dienstleistungsrichtlinie in deutschen überregionalen Qualitätszeitungen wurden die *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, *Die Welt* und *die tageszeitung (taz)* bewusst ausgewählt. Der Analysezeitraum erstreckt sich vom 13. Januar 2004 bis zum 31. Dezember 2006. Damit wird ab dem ersten Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission (2004) bis zur Verabschiedung der Richtlinie Ende 2006 der gesamte Issue-Cycle der Politikdefinition und Programmentwicklung umfasst. In diesem Zeitraum werden alle *Aussagen* definierbarer Akteure, die eine Meinungsäußerung, Stellungnahme oder Positionierung mit thematischem Bezug zur DLR enthalten, kodiert.¹⁰ Thematisierung und Offenheit der Debatte werden ermittelt durch die Verteilung der Häufigkeit, mit der verschiedene Akteure als Urheber von Aussagen zu Wort kommen. Resonanz wird operationalisiert durch die Messung struktureller Verbindungen zwischen Sprechern und Adressaten.¹¹ Mit dem Konstrukt Perspektive als Ausdruck kollektiver Identifikation soll beschrieben werden, aus welchem Blickwinkel heraus die DLR diskutiert wird, wie bei dieser konkreten Sachfrage das Gemeinwesen definiert wird und wie die Grenzziehungen dabei verlaufen. Erfolgt die Definition des Gemeinwesens im Sinne von „Wir“-Abgrenzungen mit Blick auf die eigene Nation/das Land bzw. eine enger definierte Bezugsgruppe oder wird die kollektive Einheit mit Blick auf Europa konstruiert, eventuell geteilt nach Westeuropa und Osteuropa oder die neuen bzw. die alten EU-Mitgliedsländer. Als Indikatoren gelten entsprechende Wir-Refe-

9 Für eine differenzierte Darstellung des politischen und medialen Issue-Cycle und der Akteure der politischen Diskussion – im vorliegenden Fall hatte neben den Zentrumsakteuren eine Vielzahl an Verbänden, NGOs, Gewerkschaften (DGB und EGB) sowie Attac als transnationales Netzwerk durch verschiedene öffentliche Aktionen (Demonstrationen, Kampagnen, E-Mail-Aktionen, Presseerklärungen) versucht, ihre Positionen einzubringen – vgl. Heft (2007).

10 Die Auswahl der Analyseeinheiten erfolgte zweistufig auf Basis des Volltextangebotes des elektronischen Archives LexisNexis „Wirtschaft“. Als erste Stufe wurde mit den Suchbegriffen Dienstleistungsrichtlinie, Dienstleistungs-Richtlinie und Bolkestein Richtlinie eine automatische Stichwort-Suche in der Datenbank durchgeführt. Auf der zweiten Auswahlstufe wurde das vorliegende Sample (463 Artikel) auf kodierrelevante Aussagen zum Thema DLR geprüft. Es ergaben sich 355 Artikel, in denen 1222 Aussagen kodiert wurden.

11 Vgl. zur Methode der Claim-Analyse Koopmans und Statham (1999), Koopmans (2002) sowie zur Differenzierung zwischen Thematisierung und Resonanz Adam (o.J.: 7-9).

renzen auf Europa, die Europäer oder Teile Europas als kollektive Einheit oder Wir-Referenzen, die sich als Ausdruck der Zugehörigkeit zu einer national definierten Gruppe interpretieren lassen.¹²

3.2 Ergebnisse und Diskussion

Thematisierung

Am Verlauf des medialen Issue-Cycles lassen sich zwei Höhepunkte der medialen Aufmerksamkeit in den Monaten Februar/März 2005 und im Februar 2006 ablesen. Stellt man dem medialen Issue-Cycle den politischen Issue-Cycle gegenüber, so finden sich im März 2005 *neben* den Protestereignissen gegen die DLR¹³ mit den Stellungnahmen des Europäischen Parlamentes und der Kommission sowie dem Ratstreffen entscheidende Termine. Ebenso fallen im Februar 2006 die Protestmobilisierungen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zeitlich zusammen mit der Abstimmung im Europaparlament. Die zweite Abstimmung im Europaparlament im November 2006 erlangte demgegenüber kaum mediale Aufmerksamkeit. Die Intensität der Mediendebatte ist in den Monaten der Protestmobilisierungen am höchsten, gleichzeitig wurden in diesen Monaten auch wichtige politische Entscheidungen getroffen. Dieses Zusammenfallen von Protestmobilisierungen und politischen Schlüsselterminen legt nahe, dass es sich um einen wechselseitigen Prozess handelt, bei dem die Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Ressourcen besonders dann aufmerksamkeitsgenerierend ist, wenn politische Entscheidungen anstehen und ein konkreter Ansprechpartner gegeben ist. Das Europäische Parlament, welches im Fall der DLR weitreichende Mitentscheidungsrechte besaß, stellte offensichtlich einen solchen Ansprechpartner dar, was dessen Attraktivität als „Plattform zur Herstellung von Öffentlichkeit“ (Jachtenfuchs/ Kohler-Koch 2004: 97) unterstreicht.

Deutlich mehr als die Hälfte aller Aussagen zur DLR geht auf Zentrumsakteure zurück, zivilgesellschaftliche Akteure haben mit insgesamt 30 Prozent der Aussagen Anteil an der Debatte (Tabelle 1). Die Detailbetrachtung zeigt, dass die Exekutiven (national und EU) und Legislativen in gleichem Maße als Sprecher Aufmerksamkeit fanden (jeweils 26 Prozent der Aussagen). Dabei ist das europäische Parlament mit 16 Prozent der Aussagen derjenige Zentrumsakteur, der in der öffentlichen Debatte am häufigsten mit seinen Positionen sichtbar wird, noch vor der Kommission und den nationalen Regierungen. Die nationalen Legislativen erlangen dagegen mit nur 10 Prozent der Aussagen vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Bei den Akteuren der Zivilgesellschaft sind es vor allem die stärker organisierten Akteure, die ihre Meinungen und Forderungen einbringen können: So erreichen Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen mit 15 Prozent der Aussagen die mit Abstand häufigsten Thematisierungen dieser Akteursgruppe, daneben erlangen Wirtschafts- und Arbeitgeberorganisationen respektable Beachtung (7 Prozent der Aussagen). Der Anteil der NGOs und sozialen Bewegungen an der öffentlichen Debatte ist dagegen mit nur 2 Prozent der Aussagen marginal. Berücksichtigt man zudem die Herkunft der Akteure der Zivilgesellschaft, zeigt sich, dass in den nationalen Mediendebatten vor allem nationale Akteure agieren. Für Wirtschafts- und Arbeitgeberorganisationen sprechen zu 95 Prozent nationale Akteure¹⁴, während

12 Der Intra-Coder-Reliabilitätstest ergab bei der Identifikation der Aussagen einen Reliabilitätskoeffizienten von .91. Bei den zentralen Variablen auf Aussageebene wurde ein Reliabilitätskoeffizient von durchschnittlich .85 erreicht, was insgesamt als hinreichende Qualität bewertet werden kann.

13 Die europäischen Gewerkschaften hatten unter Führung des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 19.03.2005 im Rahmen eines „Aktionstages für ein soziales Europa“ zu einer Demonstration gegen die DLR in Brüssel aufgerufen, auch die soziale Bewegung Attac beteiligte sich mit eigenen Kampagnen und Aktionen.

14 Umfasst Akteure mit der Codierung „nationaler Akteur Deutschland“ und „Akteur anderes EU-Land“.

transnationale Akteure¹⁵ in der deutschen Mediendebatte nur zu rund 4 Prozent als Urheber von Aussagen Aufmerksamkeit erhalten. Für die Arbeitnehmerorganisationen/ Gewerkschaften sprechen immerhin 14 Prozent als Vertreter transnationaler Akteure, mit 76 Prozent der Aussagen dieser Akteursgruppe sind auch hier national organisierte Akteure stark überrepräsentiert. NGOs/soziale Bewegungen treten dagegen in der vorliegenden Debatte hauptsächlich als transnationaler Akteur in Erscheinung.

Tabelle 1: Akteursspektrum der Aussagen in Welt, SZ und taz

Akteursspektrum	Prozent n = 1222
Zentrumsakteure national	30
Zentrumsakteure EU	30
Zivilgesellschaft	30
Medien	10
Gesamt	100

Basis: n = 1222 Aussagen

Betrachtet man die Pluralität des Akteursensembles über die gesamte Debatte, so nehmen zivilgesellschaftliche Akteure auf den ersten Blick einen beachtlichen Anteil an Thematisierungen ein. Europäische Debatten scheinen also in Fällen konkreter Sachpolitik durchaus inklusiv für die Zivilgesellschaft. Zur Einordnung dieser Ergebnisse können die genannten Studien von Koopmans und Pfetsch als Bewertungsmaßstab herangezogen werden. Nach Koopmans geht in europäisierten Debatten rund ein Fünftel aller Sprecheräußerungen durch nationale Akteure auf Akteure der Zivilgesellschaft zurück, in nationalen Debatten sind es dagegen mehr als ein Drittel. Deutlich stärker inklusiv ist die öffentliche Debatte aber beim Themenfeld Pensions and Retirement, bei dem nationale zivilgesellschaftlicher Akteure 46 Prozent der Aussagen einbringen (vgl. Koopmans 2007). In der Analyse von Pfetsch hatten Peripherieakteure beim Thema Arbeitslosigkeit einen Anteil von rund 60 Prozent der Sprecheräußerungen, beim Thema Löhne betrug der Anteil sogar fast 85 Prozent. Gemessen an diesen Vergleichswerten hätte man im konkreten Fall einen noch höheren Anteil an Sprecheräußerungen durch Akteure der Zivilgesellschaft erwarten können. Aus Pluralitätsgesichtspunkten bleibt darüber hinaus problematisch, dass sich die Aufmerksamkeit für zivilgesellschaftliche Akteure auf die stärker organisierten Akteure aus Wirtschaft und Gewerkschaften beschränkt und NGOs und soziale Bewegungen daneben kaum eine Chance auf öffentliche Thematisierungen haben. Der Agenda Building-Erfolg zivilgesellschaftlicher Akteure differierte im vorliegenden Fall zudem deutlich je nach betrachtetem Medium. Ohne die Aufmerksamkeit der *taz* für NGOs und soziale Bewegungen wäre diese Akteursgruppe im Mediendiskurs praktisch nicht vorgekommen.

Resonanz

Nur in ungefähr einem Drittel der öffentlichen Thematisierungen werden konkrete Sprecher-Adressaten-Beziehungen sichtbar. Diese öffentliche Resonanz entfiel in der untersuchten Debatte

15 Umfasst sowohl die auf supranationaler/transnationaler Ebene institutionalisierten Akteure als auch europäische Akteure allgemein.

fast ausschließlich auf Zentrumsakteure. Der Anteil von rund 6 Prozent der Adressierungen, die auf zivilgesellschaftliche Akteure entfallen, ist daneben marginal (Tabelle 2). Bei den Zentrumsakteuren dominieren neben der europäischen Legislative (27 Prozent der Adressierungen) ganz klar die Exekutiven (Exekutive EU: 30 Prozent, Exekutive national: 20 Prozent) als Adressaten öffentlicher Resonanz. Die Tendenz der Bezugnahmen ist dabei überwiegend negativ: In mehr als der Hälfte der Bezüge wird Kritik geäußert, 26 Prozent der Bezugnahmen sind neutral und rund ein Fünftel der Bezugnahmen beinhaltet Unterstützung.

Tabelle 2: Adressaten öffentlicher Resonanz

Adressaten	Prozent n = 398
Zentrumsakteure national gesamt	29
Zentrumsakteure EU gesamt	65
Zivilgesellschaft gesamt	6
Gesamt	100

Basis: n = 398 Sprecher-Adressaten-Beziehungen

Mit Blick auf die Akteure der Zivilgesellschaft zeigt sich damit ein deutliches Ungleichgewicht zwischen deren Chancen, einerseits ihre Positionen selbst in die Mediendebatte einzubringen und andererseits öffentliche Resonanz und vielleicht sogar Anerkennung für ihre Forderungen zu erlangen. Lag der Anteil zivilgesellschaftlicher Akteure als Urheber von Aussagen noch bei fast einem Drittel aller Aussagen, so entfällt auf diese Gruppe lediglich ein Anteil von 6 Prozent aller öffentlichen Bezugnahmen. Die Diskussion im engeren Sinne wurde faktisch allein unter den Zentrumsakteuren ausgetragen.

Perspektive

Eine europäische Perspektive wird als Indikator der Entstehung einer transnationalen Kommunikationsgemeinschaft in Europa verstanden. Mehr als die Hälfte der Aussagen zur Dienstleistungsrichtlinie kommt jedoch ohne eine nähere Bestimmung des betroffenen Gemeinwesens durch entsprechende „Wir“-Abgrenzungen aus. Daneben findet sich in der Debatte eine enorme Berücksichtigung der europäischen Gemeinschaft, die Dienstleistungsrichtlinie wurde beinahe doppelt so häufig mit Blick darauf diskutiert, was diese für Europa insgesamt oder Teile Europas bedeutet als dass gefragt wurde, welche Konsequenzen sie für das eigene Land bringt (Tabelle 3).¹⁶

¹⁶ *Nationale Perspektive* umfasst explizite und implizite Bezüge auf das eigene Land/die eigene Nation oder Bezüge auf Anhängerschaft/Klientel national. *Transnationale Perspektive EU* beinhaltet sowohl den Bezug auf Europa insgesamt als auch den Bezug auf einzelne europäische Länder bzw. geographische Regionen (alte/westliche Mitgliedsländer, neue/osteuropäische Mitgliedsländer).

Tabelle 3: Perspektiven verschiedener Akteursgruppen in Prozent

Perspektive	Zentrum national n = 365	Zentrum europäisch n = 358	Zivilgesellschaft n = 373	Medien n = 126	Gesamt n = 1222
nationale Perspektive	25	2	17	18	15
transnationale Perspektive EU	18	32	29	53	29
keine Perspektive	57	66	54	28	56
Gesamt	100	100	100	100*	100

Basis: n = 1222 Aussagen (signifikant bei $p < .05$) *fehlende Werte = Kategorie Sonstiges

Eine nationale Sichtweise wurde in der Debatte vor allem durch die nationalen Zentrumsakteure vertreten. Diese müssen sich vor ihrem nationalen Publikum für ihre politischen Positionen rechtfertigen und um Zustimmung werben, dafür haben sie dem Publikum die Richtlinie besonders häufig mit Blick auf das eigene Land erklärt: Nationale Zentrumsakteure argumentieren in einem Viertel ihrer Aussagen mit einer nationalen Perspektive und nur in 18 Prozent der Fälle mit einer transnationalen Perspektive. Die Differenz ist zwar signifikant, aber weniger deutlich als theoretisch vermutet. Bei den europäischen Zentrumsakteuren stand dagegen, wie ebenfalls vermutet werden konnte, der Blick auf Europa im Mittelpunkt, sie argumentieren deutlich mit Bezug auf eine transnationale Perspektive. Medienakteure können in dieser Debatte als Vorreiter der europäischen Integration bezeichnet werden. Sie haben bei der Diskussion der Richtlinie ihren Blick am häufigsten auf die Gemeinschaft Europas gerichtet.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure beziehen sich in ihren Aussagen insgesamt fast doppelt so häufig auf Europa als gemeinsamen Identifikationsraum als auf eine nationale Gemeinschaft. Tabelle 4 stellt die Akteure der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt und differenziert diese nach ihrer Herkunft und ihrem Organisations-/Institutionalisierungsgrad.¹⁷

Nach den vorliegenden Daten blieben die stärker organisierten zivilgesellschaftlichen Akteure der nationalen Ebene am stärksten einer nationalen Interpretation verbunden, sie vertreten nahezu gleichermaßen nationale und transnationale Perspektiven. Ähnlich wie bei den nationalen Zentrumsakteuren dürfte sich hierin die Rückbindung an die nationalen Mitgliedschaften ausdrücken. Die schwächer organisierten Zivilgesellschaftsakteure zeichnen sich demgegenüber durch einen deutlich höheren Anteil transnationaler Identifikationsbezüge aus (51 Prozent). Wissenschaftler/Experten und NGOs/soziale Bewegungen erwiesen sich also ebenso wie die Medienakteure als „gute Europäer“. Für die transnational organisierte Zivilgesellschaft bildete Europa ebenso den wesentlichen Bezugspunkt der Diskussion.

17 Die Gruppe *Zivilgesellschaft stark* bilden Wirtschaft/Arbeitgeberorg., Arbeitnehmerorg./Gewerkschaften, parteinahe Org./Stiftungen und sonstige Vereine/Verbände. Für die Gruppe *Zivilgesellschaft schwach* wurden zusammengefasst Wissenschaft/Experten, NGOs/soziale Bewegungen sowie allgemeine Öffentlichkeit und Einzelpersonen. Basis der *nationalen Akteure* bilden die Akteure, für welche als Herkunft nationaler Akteur Deutschland oder nationaler Akteur anderes EU-Land kodiert wurde. Die *transnationalen Akteure* bilden Akteure mit Herkunft transnationaler/supranationaler Akteur oder europäischer Akteur allgemein. Das Sample beinhaltete nur Medienakteure nationaler Herkunft. Die Kategorie *sonstige Perspektive* wurde aus dieser Analyse ausgeschlossen.

Tabelle 4: Perspektiven nationaler und transnationaler zivilgesellschaftlicher Akteure in Prozent

Perspektive	nationale Akteure			transnationale Akteure		Gesamt n = 467
	Zivilgesell- schaft stark n = 233	Zivilgesell- schaft schwach n = 47	Medien n = 125	Zivilgesell- schaft stark n = 30	Zivilgesell- schaft schwach n = 32	
	nationale Perspektive	21	17	18	7	
transnationale Perspektive EU	24	51	54	47	28	36
keine Perspektive	55	32	28	46	66	46
Gesamt	100	100	100	100	100	100

Basis: n = 467 Aussagen zivilgesellschaftlicher Akteure (signifikant bei $p < .01$)

4 Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Analyse vorliegender empirischer Studien und die Inhaltsanalyse zur Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie der EU in deutschen Qualitätszeitungen zeigen, dass europäische Debatten stärker durch Zentrumsakteure geprägt sind als nationale Debatten. Zwar kommen Akteure der Zivilgesellschaft durchaus als Sprecher in europäischen Debatten vor und sie scheinen diese im Einzelfall auch zu mobilisieren, ihr Anteil an Thematisierungen ist aber bei europäischen Debatten durchweg geringer als bei nationalen Debatten. Nach diesen Befunden müssen allzu optimistische Aussagen über den Beitrag zivilgesellschaftlicher Akteure zu mehr öffentlicher Transparenz europäischer Politik relativiert werden. Diese Einschätzung wird dadurch gestärkt, dass sich die Aufmerksamkeit für zivilgesellschaftliche Akteure stets auf die stärker organisierten Akteure aus Wirtschaft und Gewerkschaften beschränkt, während schwächer organisierte Akteure daneben kaum öffentliche Sichtbarkeit erlangen. Dies ist zwar auch als Defizit nationaler Debatten bekannt, es bleibt gleichwohl aus Pluralitäts- und Legitimationsgesichtspunkten höchst bedenklich und erhält gerade vor dem Hintergrund, dass von einer Einbeziehung der Zivilgesellschaft in europäische Politik Demokratisierungseffekte erwartet werden, besondere Brisanz. Noch kritischer fällt der Befund in Hinblick auf die Verteilung öffentlicher Resonanzen aus: In der Debatte um die Dienstleistungsrichtlinie wurde die Zivilgesellschaft in keiner Weise als relevanter Dialogpartner öffentlich sichtbar. Von Inclusiveness, Diversity und Participation kann auf dieser Basis keine Rede sein. Betrachtet man den Anteil europäischer Identifikationsbezüge als Ausdruck der Europäisiertheit einer Debatte, so scheint die Zivilgesellschaft tatsächlich einen Beitrag zur Stärkung dieser Europäisiertheit zu leisten. Die Akteure der Zivilgesellschaft brachten deutlich stärker europäische Identifikationsbezüge in die Debatte ein als die nationalen Zentrumsakteure. Allerdings waren es vor allem die Akteure der transnational organisierten Zivilgesellschaft und schwächer organisierte Akteure der nationalen Zivilgesellschaft, die in der Auseinandersetzung häufiger eine europäische Perspektive vertraten. Gerade diejenigen Akteure der Zivilgesellschaft, von denen in dieser Hinsicht die stärksten Impulse für die Europäisierung von Öffentlichkeiten und die europäische Integration erwartet werden können, sind aber im Mediendiskurs am marginalsten sichtbar. Wenn also selbst im Fall der Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie, an der transnationale Akteure der Zivilgesellschaft neben nationalen Akteuren aktiv beteiligt waren, diese in Mediendebatten so wenig Berücksichtigung finden, scheinen die Erwartungen über deren Beitrag zur Stär-

kung europäischer Legitimität und europäischer Öffentlichkeit derzeit zu positiv formuliert zu sein.

Literatur

- Adam, Silke (2007): Symbolische Netzwerke in Europa. Der Einfluss der nationalen Ebene auf europäische Öffentlichkeit. Deutschland und Frankreich im Vergleich. Köln: Halem.
- Adam, Silke (o. J.): Power in the public arena – a network analysis. A comparison of the German debates on EU governance structures and on pension politics. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Benz, Arthur (2004): Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag. S. 11–28.
- Brüggemann, Michael / Sifft, Stefanie / Kleinen-von Königslöw, Katharina / Peters, Bernhard / Wimmel, Andreas (2006): Segmentierte Europäisierung – Trends und Muster der Transnationalisierung von Öffentlichkeiten in Europa. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Wiesbaden. VS Verlag. S. 214–231.
- Commission of the European Communities (2006): White Paper on a European Communication Policy. COM(2006) 35 final. 1.2.2006. Brussels.
- Eder, Klaus (2000): Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. Von der Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft. In: Berliner Journal für Soziologie. Heft 10. S. 167–184.
- Eder, Klaus / Kantner, Cathleen (2000): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 306–331.
- Eilders, Christiane / Voltmer, Katrin (2003): Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen. In: Medien und Kommunikationswissenschaft. 51(2). S. 250–270.
- Ferree, Myra Marx / Gamson, William A. / Gerhards, Jürgen / Rucht, Dieter (2002): Four models of the public sphere in modern democracies. In: Theory and Society. 31. S. 289–324.
- Finke, Barbara / Knodt, Michèle (2005): Einleitung: Zivilgesellschaft und zivil-gesellschaftliche Akteure in der Europäischen Union. In: Knodt, Michèle / Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden: VS Verlag. S. 11–28.
- Gerhards, Jürgen (1993): Westeuropäische Integration und die Schwierigkeit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Zeitschrift für Soziologie. Jg. 22. (2). S. 96–110.
- Gerhards, Jürgen (2000): Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 277–305.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble, Hartmut / Kirsch, Martin / Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.):

-
- Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Campus-Verlag. S. 135–158.
- Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm (1993): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellung und Ansätze. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.): Politische Kommunikation. Grundlagen, Prozesse, Strukturen. Wien: Braumüller. S. 52–88.
- Habermas, Jürgen (1996): Drei normative Modelle der Demokratie. In: Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 277–292.
- Habermas, Jürgen (1997⁵) (1992¹): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2006): Political Communication in Media Society – Does Democracy still enjoy an epistemic dimension? The impact of normative theory on empirical research. Vortrag auf der 56. Jahrestagung der International Communication Association (ICA) in Dresden, Juni 2006.
- Heft, Annett (2007): Zivilgesellschaftliche Akteure im europäischen Mediendiskurs. Eine Fallstudie zur EU-Dienstleistungsrichtlinie. Unveröffentlichte Magisterarbeit an der Freien Universität Berlin.
- Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (2004): Governance in der EU. In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag. S. 77–101.
- Jansen, Thomas (2005): Zur Europäisierung der 'organisierten' Zivilgesellschaft: ein Bericht aus der Praxis. In: Knodt, Michèle / Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien. Wiesbaden: VS Verlag. S. 153–169.
- Jarren, Otfried / Donges, Patrick (2002): Politische Kommunikation in der Medien-gesellschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kaelble, Hartmut (2001): Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union. Stuttgart, München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Kantner, Cathleen (2004): Kein modernes Babel. Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kohler-Koch, Beate / Conzelmann, Thomas / Knodt, Michèle (2004): Europäische Integration – Europäisches Regieren. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2004): Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt. KOM (2004) 2 endgültig/2.
- Koopmans, Ruud (2002): Codebook für the analysis of political mobilisation and communication in European public spheres. Work package 2. Project: The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres. <http://europub.wz-berlin.de>.
- Koopmans, Ruud (2007): Who inhabits the European public sphere? Winners and losers, supporters and opponents in Europeanised political debates. In: European Journal of Political Research. Heft 46. S. 183–210.
- Koopmans, Ruud / Erbe, Jessica (2003): Towards a European Public Sphere? Vertical and Horizontal Dimensions of Europeanised Political Communication. Discussion Paper SP IV 2003–403. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Koopmans, Ruud / Statham, Paul (1999): Political claims analysis: Integrating protest event and political discourse approaches. In: Mobilization. 4 (2). S. 203–222.

-
- Koopmans, Ruud / Pfetsch, Barbara (2003): Towards a Europeanised Public Sphere? Comparing Political Actors and the Media in Germany. ARENA Working Paper 23/03. Oslo.
www.arena.uio.no/publications/wp_03_23.pdf.
- Kriesi, Hanspeter (2001): Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess. Discussion Paper P 01-701. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Latzer, Michael / Saurwein, Florian (2006): Europäisierung durch Medien: Ansätze und Erkenntnisse der Öffentlichkeitsforschung. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Wiesbaden. VS Verlag. S. 10–44.
- Mayntz, Renate (1992): Interessenverbände und Gemeinwohl – Die Verbändestudie der Bertelsmann Stiftung. In: Mayntz, Renate (Hrsg.): Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 11–35.
- Neidhardt, Friedhelm / Koopmans, Ruud / Pfetsch, Barbara (2000): Konstitutionsbedingungen politischer Öffentlichkeit. Der Fall Europa. In: Klingemann, Hans-Dieter / Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Die Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. WZB-Jahrbuch 2000. Berlin: Ed. Sigma. S. 263–294.
- Peter, Jochen (2004): Kaum vorhanden, thematisch homogen und eher negativ – Die alltägliche Fernsehberichterstattung über die Europäische Union im internationalen Vergleich. In: Hagen, Lutz M. (Hrsg.): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit: theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Köln: Halem. S. 146–161.
- Peters, Bernhard (1993): Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Peters, Bernhard (2005): Public discourse, identity and the problem of democratic legitimacy. In: Eriksen, Erik Oddvar (Hrsg.): Making the European Polity. Reflexive integration in the EU. London, New York: Routledge. S. 84–123.
- Pfetsch, Barbara (2004a): The Voice of the Media in European Public Sphere: Comparative Analysis of Newspaper Editorials. FP 5 Project Report. Project: The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). <http://europub.wz-berlin.de>.
- Pfetsch, Barbara (2004b): Geschlossene Gesellschaft? Akteursensembles und Akteursbewertungen in Pressekommentaren. In: Eilders, Christiane / Neidhardt, Friedhelm / Pfetsch, Barbara (Hrsg.): Die Stimme der Medien. Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Wiesbaden: VS Verlag. S. 74–105.
- Risse, Thomas (2002): Zur Debatte um die (Nicht-)Existenz einer europäischen Öffentlichkeit. In: Berliner Debatte Initial. Heft 5/6. S. 15–23.
- Risse, Thomas / Rauer, Valentin / Rivet, Sylvain / Van de Steeg, Marianne (2003): Public discourses and the European public sphere. In: Risse, Thomas / Maier, Matthias L. (Hrsg.): Europeanization. Collective Identities and Public Discourses. (IDNET). Final Report. <http://www.iue.it/RSCAS/Research/Tools/IDNET>. S. 51–61.
- Romahn, Boris (2006): Renaissance der public sphere? „Öffentlichkeit“ als Ziel und Mittel neuerer marktkritischer Bewegungen. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Wiesbaden. VS Verlag. S. 352–377.
- Roth, Roland (2001): Auf dem Wege zur transnationalen Demokratie? Vorläufiges zum Beitrag von Protestmobilisierungen und Nichtregierungsorganisationen. In: Brunnengräber, Achim /

-
- Klein, Ansgar / Walk, Heike (Hrsg.): NGOs als Legitimationsressource. Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozess. Opladen: Leske + Budrich. S. 27–50.
- Rucht, Dieter (2000): Zur Europäisierung politischer Mobilisierung. In: Berliner Journal für Soziologie. Heft 2. S. 185–202.
- Rucht, Dieter (2002): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten in neuen sozialen Bewegungen. In: Kaelble, Hartmut / Kirsch, Martin / Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, New York: Campus-Verlag. S. 327–351.
- Saxer, Ulrich (2006): Europäischer Gesellschafts-, Medien- und Öffentlichkeitswandel – eine kommunikationssoziologische Perspektive. In: Langenbacher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Wiesbaden. VS Verlag. S. 62–92.
- Staab, Joachim Friedrich (1990): Nachrichtenwert-Theorie: Formale Struktur und empirischer Gehalt. Freiburg, München: Verlag Karl Alber.
- Sturm, Roland / Pehle, Heinrich (2005): Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag.
- Tobler, Stefan (2006): Konfliktinduzierte Transnationalisierung nationaler und supranationaler Öffentlichkeitsarenen. Indikatoren einer europäischen Öffentlichkeit. In: Langenbacher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Wiesbaden. VS Verlag. S. 107–130.
- Trenz, Hans-Jörg (2002): Zur Konstitution politischer Öffentlichkeit in Europa. Zivilgesellschaftliche Subpolitik oder schaupolitische Inszenierung? Baden-Baden: Nomos.
- Trenz, Hans-Jörg (2004): Media Coverage on European Governance. Exploring the European Public Sphere in National Quality Newspapers. In: European Journal of Communication. Vol. 19 (3). S. 291–319.
- Wessels, Wolfgang / Maurer, Andreas / Mittag, Jürgen (Hrsg.) (2003): Fifteen into one? The European Union and its member states. Manchester, New York: Manchester University Press.
- Zürn, Michael (2006): Zur Politisierung der Europäischen Union. In: Politische Vierteljahresschrift. Heft 2. 47. Jg. S. 242–251.

Zur Person

Annett Heft studierte von 2001 bis 2007 an der Freien Universität Berlin Publizistik- und Kommunikationswissenschaft sowie Soziologie und Theaterwissenschaft/Kulturelle Kommunikation an der Humboldt Universität zu Berlin. Zurzeit ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin.